

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der Tschechoslowakischen Republik.

Bezugs-Verhältnissen:

Bei Zustellung ins Haus oder
bei Bezug durch die Post:

monatlich Ke 16.—
vierteljährlich 48.—
halbjährlich 96.—
jährlich 192.—

Rückstellung von Monats-
schriften erfolgt nur bei Ein-
sendung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme
des Sonntags (2mal) 1928

8. Jahrgang.

Mittwoch, 11. April 1928.

Nr. 87.

Die Meinung des Präsidenten.

Präsident Masaryk hat dem Schriftsteller Karl Capel ein Interview gewährt, das von diesem in der Osternummer der „Lidove Noviny“ veröffentlicht wird und das in seinen wesentlichen Teilen eine Mahnung an die tschechischen Parteien des Bürgerblocks darstellt. Das Interview ist ein Appell an sie zur Besinnung und zur Umkehr von einer lediglich von den Interessen der Besitzklassen diktierten Politik, die geeignet ist, die natürlichen Klassen-gegensätze innerhalb des tschechischen Volkes künstlich und gewaltsam zur gähnenden Kluft zu erweitern, was der Präsident für den Staat für schädlich hält. Masaryk wählt in seiner Mahnung mit dem ihm eigenen Takt die Worte klar und vorsichtig, sie werden dennoch den Repräsentanten des gegenwärtigen Regierungskurses unliebsam in den Ohren klingen. Als guter Beobachter der politischen Vorgänge kennt er natürlich ebenso die Vergangenheit wie das Wesen und die Rolle der deutschen Regierungsparteien innerhalb der Koalition und er hält es daher wohl für nutzlose Arbeit, seinen Appell auch an sie zu richten. Was der Präsident über den Ministerpräsidenten Svehla als „einen der größten Staatsmänner in Europa“ sagte, darauf verbietet er die Rücksicht auf die Krankheit Svehlas einzugehen; immerhin muß der historische Wahrheit wegen festgestellt werden, daß der gegenwärtige Regierungskurs, wenn auch vielleicht nicht durch seine Initiative allein, so doch unter seiner verantwortlichen Führung eingeleitet wurde, daß der größte Teil der Regierungssakte der jetzigen Koalition unter seiner Ministerpräsidentenschaft vollzogen wurde, und daß daher ein Großteil der Verantwortung für die Entwicklung und für die Geschehnisse im Staate auf ihn fällt. Den gegenwärtigen Kurs für im Interesse des Staates schädlich zu halten und gleichzeitig den Hauptverantwortlichen für das Regime als einen der größten europäischen Staatsmänner zu erklären, darin liegt ein zu auffällender Widerspruch, als daß auf ihn nicht hingewiesen werden müßte.

Der Präsident bekennet sich in seinem Interview als Anhänger und gewissermaßen als Anreger der sogenannten rot-grünen Koalition, aber er kommt bei der historischen Betrachtung ihrer Ergebnisse zu Schlüssen, welche ihren Wert wenigstens für den einen Teil, die tschechischen sozialistischen Parteien, als recht fragwürdig erscheinen lassen: „In Wirklichkeit hat ja gerade die agrarische, also eine konservative Partei, die durchgreifendste Bodenreform, wenn man will, eine Revolution, durchgeführt. Die Sozialdemokraten haben verhältnismäßig nichts so Durchgreifendes gefordert und durchgeführt, wie die Agrarpartei mit der Bodenreform. Auch dadurch wurde die gemeinsame Arbeit dieser beiden Parteien ermöglicht.“ Das sagt schon mancherlei, vor allem: die agrarischen Vertragskontrahenten waren schon damals in erster Linie auf die Wahrung ihrer Masseninteressen bedacht und haben es verstanden, die Koalition sich dienstbar zu machen, eben „dadurch wurde die gemeinsame Arbeit dieser beiden Parteien ermöglicht“. Die konservative Agrarier, die Verkünder der Heiligkeit des Eigentums scheuten nicht einmal davor zurück, mit der Bodenreform eine „Revolution“ zu machen, die im Grunde genommen einerseits nur nationaleistische Zwecke erfüllte, andererseits die Schichte der tschechischen agrarischen Besitzklasse bereicherte und die Macht der tschechischen Agrarpartei erhöhte. Masaryk vermeidet, ausdrücklich zu erwähnen, welchen Dank die Agrarier den tschechischen sozialistischen Parteien dafür abstatteten, daß sie ihnen diese in der Form eines Geheißes durchgeführte „Revolution“ ermöglichten, aber die politischen Ereignisse der letzten zwei Jahre sprechen darüber eine deutliche Sprache.

Die Absicht, den tschechisch-bürgerlichen Parteien Un dank gegenüber den tschechischen sozialistischen Parteien vorzuwerfen, geht auch aus den nachfolgenden Stellen seines Interviews hervor, in denen er den tschechischen Bürgerlichen nahelegt, mehr Verständnis für die Ein-

Der Bundestag der proletarischen Freidenker.

Fortgesetzte Störungsversuche der Kommunisten.
Zweiter Verhandlungstag.

Aussig, am 9. April. Ebenso wie der erste, war auch der zweite Verhandlungstag gefesselt, nicht durch die mit viel Lärm aber wenig Geschick inszenierten Störungsversuche der Kommunisten. Dr. Stern dirigierte seine Unterläufer und diese gehorchten wie Marionetten. Fast muß man es bedauern, daß unsere Genossen mit beispielloser Geduld die kommunistischen Antriebe duldeten und ihnen nicht eine Antwort gaben, die ihnen gebührt hätte. Man kann sich das nur damit erklären, daß unsere Genossen der Erhaltung der Freidenkerbewegung willen, solche Zurückhaltung übten. Am meisten exponierte sich der Herr Hans Lisek. Aber gerade er war es auch, der durch seine polternde Ungeschicklichkeit den Kommunisten mehr schadete, als die Kulissenhändler der Stern und Konsorten ihnen nicht. Wir fürchten, daß sowohl er, als auch Herr Stern eine schlechte Penjur vom „Politbüro“ erhalten werden. Nachstehend der Bericht.

Mit einer einstündigen Verspätung wurden die Verhandlungen um 9 Uhr vormittags wieder aufgenommen. Genosse Janauschek bedauerte die Vorfälle vom Vortage und sprach die Hoffnung aus, daß sie sich nicht wiederholen mögen. Dann berichtete Genosse Diez namens der Mandatsprüfungskommission: Es sind am Kongress anwesend 271 mit gültigen Mandaten ausgestattete Delegierte. Drei Mandate konnten nicht anerkannt werden. Der Bericht der Mandatsprüfungskommission wurde zur Kenntnis genommen.

Ueber die eingelaufenen zahlreichen Anträge berichtete namens der Antragskommission Genosse Löw, Bräun. Es wurde eine Reihe von Anträgen, die sich auf die Bundeseinrichtungen beziehen, erledigt. Dann wurde ein Antrag angenommen, der nach erfolgten Abänderungen besagt, daß die Familienmitglieder des ersten Grades der Bundeseinrichtungsmitglieder keiner Religionsgemeinschaft angehören dürfen. Ueber diesen Antrag wurde eine längere Debatte

stellung der tschechischen Sozialisten gegenüber dem Staate und für die von ihnen aus diesem Grunde gebrauchten Opfer aufzubringen. Wenn es auch nicht richtig ist, daß die Haltung der tschechischen Sozialdemokraten „die Spaltung der Partei und die Abspaltung des radikalen Flügels unter der Devise des Kommunismus herbeigeführt“ hat, denn Moskau hätte seine Fittiche auch ohne dies hier erichtet, so ist es doch wahr, daß die Spaltung gerade dadurch besonders schmerzhaft und verhängnisvoll wurde, als dies der fohle Zauber seiner Irrlehre zu bewirken imstande gewesen wäre. Nicht um nutzlose Rekrutierungen zu erheben, sondern um der geschichtlichen Wahrheit die Ehre zu geben, unterstreichen wir die Feststellung des Interviews, daß die tschechische Sozialdemokratie auf dem Altar des Staates ein namenloses Opfer dargebracht hat, das ihr von den wirklichen Nutznießern des neuen Staates nicht nur nicht mit Dank, sondern mit bösestem Haß gelohnt wurde.

„Es liegt daher an den führenden Männern aller demokratischen Parteien, die Situation unseres Staates zu verstehen und im Sinne des Staates zu handeln.“ Der Präsident ist sicher davon durchdrungen, daß er durch seinen Mahnruf zur Einsicht und Umkehr als autoritativer Vermittler zwischen den Parteien im Sinne seiner Pflicht handelt. Aber wir müssen seine persönlichen Widerpartie und die politischen Repräsentanten der tschechischen wie der deutschen Bourgeoisie schlecht kennen, wollen wir glauben, daß Masaryk mit seinem Ruf zur Besinnung mehr zu erwirken imstande sein wird, als Unwillen darüber, daß jemand, sei es auch das Oberhaupt des republikanischen Staates, ihre Geschäfts-, Profit- und Machtstrebe zu stören sucht. Ganz abgesehen davon, daß wir als Marxisten nun einmal der Ueberzeugung sind, daß das politische und soziale Geschehen von den harten Tatsachen, von den Klassenkräften und von den politischen Machtverhältnissen, keineswegs aber von guten und wohlgemeinten Mahnungen — und siehe der

abgeführt, weil er früher viel weitergehend war. Auf eine Bemerkung eines Genossen, daß gegen die ursprüngliche Fassung, abgesehen von ihrer Undurchführbarkeit, auch gesetzliche Hindernisse bestehen, leistete sich der Kommunist Reibel den geistprühendsten Zwischenruf: „Was geht uns das bürgerliche Gesetz an!“ Unter den vielen Anträgen war auch einer enthalten, welcher besagt, daß jene Mitglieder, die im Auftrage und Interesse einer politischen Partei Gruppen, Zellen und Fraktionen bilden, um parteipolitische Bestrebungen zu verfolgen, nach einmaliger fruchtloser Verwarnung aus dem Bunde ausgeschlossen werden. Ein Antrag, dahingehend, daß bei den Anmeldungen und Ständeaussweisen, die Ausgaben der Parteizugehörigkeit zu entfallen habe, wurde abgelehnt. Ebenso ein Antrag wegen der bekannten Kölner Resolution, eine Einigung der beiden politischen Parteien anzustreben, da dies nicht Aufgabe des Freidenkerbundes sein könne. Beschlossen wurde, dem Verein „Sein für konfessionslose Kinder“ mit drei Gründerbeiträgen à 2000 K als Mitglied beizutreten. Ueber einen Antrag, in welchem es hieß, daß nur solche Mitglieder in die Bundeseinrichtung gewählt werden können, welche sich reiflos auf den Standpunkt stellen, „Religion ist nicht Privatangelegenheit“, entspann sich eine scharfe Auseinandersetzung. Genossin Abgeordnete Kirval legte dar, daß mit einem derartigen Beschluß, die Mitarbeit der Sozialdemokratie unmöglich gemacht würde und niemand verlangen könne, daß die Sozialdemokraten ihr Parteiprogramm verlegen. Die demagogischen Tiraden der Kommunisten wurden von Genossen Hartwig in das richtige Licht gerückt, der anschließend an das Exkurser Programm feststellte, daß die programmatische Forderung der Sozialdemokraten nach Erklärung der Religion als Privatangelegenheit ein unveräußerlicher Grund-

Wahner auch noch so hoch — bestimmt werden. Die Worte des Präsidenten sind gewiß nicht geeignet, die Stellung des tschechisch-deutschen Bürgerblocks moralisch zu stärken, aber Moral ist in der bürgerlichen Politik ein wenig gangbarer Artikel, am allerwenigsten bei der uns regierenden Koalition, die bisher hundertfältig bewiesen hat, daß sie nichts kennt und kennen will, als den zügellosen Egoismus der von ihr vertretenen Besitzherrschaften. Im alten Oesterreich hat einmal ein Magnat der Börse das jüdische und mit Bezug auf die kapitalistische Ordnung doch richtige Wort gesprochen: „Mit Zittensprüchlein baut man keine Eisenbahnen.“ Was soll die heutige Koalition, deren Um und Auf das Geldgierinteresse ist, mit Appellen an ihre Moral und mit aus tiefem und christlichem Gerechtigkeitsgefühl heraus gesprochenen Präsidentenworten anfangen! Wenn etwas den Bürgerblock zu beeinflussen vermag, so ist dies zweierlei: seine fortschreitende innere Zerlegung und Fäulnis und der Druck von außen, der organisierte Kampf der Massen. Die Arbeiterklasse würde schwer irren, wollte sie ihre Hoffnungen auf anderes, denn auf ihre eigene Kraft, auf den von ihr geführten Kampf gegen das Regime des Bürgerblocks verlassen. Die Worte des Staatspräsidenten in allen Ehren, es sei anerkannt, daß bei der exponierten Stellung des Präsidenten Mut zu ihnen gehört, aber was sie erzielen können, wäre höchstens ein für die Repräsentationsbedürfnisse des Jubiläumsjahres zurechtgemachter saurer Burgfrieden, nach dem zu streben für die Arbeiterklasse nach allen Erfahrungen keinerlei Verlockung besteht. Die aus dem Bestand des Bürgerblocks fließenden Gefahren für die Arbeiterklasse können nicht durch die Vertagung gewisser Gelegenheitsworte über die Jubiläumsgeschehnisse hinaus, sondern nur durch den rücksichtslosesten Kampf und durch den Sturz des heutigen Regimes dauernd gebannt werden!

W. N.

sch der sozialdemokratischen Partei bleiben muß und sich auf das Verhältnis zwischen Staat und Kirche bezieht. Genosse Grund richtete an die Kommunisten die Anfrage, wo in ihrem Programm ein Passus zu suchen sei, nach welchem die kommunistischen Parteimitglieder konfessionslos sein müßten. Ueber Antrag des Genossen Hartwig wurde dann eine Fassung beschließen, in der es heißt, daß sich die Mitglieder der Bundeseinrichtung auf den Standpunkt stellen sollen, daß Religion Privatangelegenheit ist. Zum Schluß wurde der Bundeseinrichtung und dem Sekretär das Vertrauen ausgesprochen.

Ueber die Verschmelzung des Bundes proletarischer Freidenker mit den übrigen proletarischen Freidenkerorganisationen in der Tschechoslowakei berichtete Genosse Reibel. Er legte dar, daß die meisten Anträge, die sich auf die Verschmelzung beziehen, den Beweis dafür erbringen, daß wir die Verschmelzung wollen. Einen Termin kann man aber nicht setzen. Er beantragt daher folgendes:

„Die Verschmelzung des Bundes proletarischer Freidenker mit allen übrigen proletarischen Freidenkerorganisationen ist durchzuführen, bis alle Bedingungen finanzieller, organisatorischer und politischer Natur erfüllt sind. Bis dahin ist eine Spitzenorganisation zur Schaffung einer Arbeitsgemeinschaft ins Leben zu rufen, in welcher alle proletarischen Freidenkerorganisationen vertreten sein wollen, die alle Vorbereitungen für die Verschmelzung zu treffen hat. Den Ortsgruppen wird empfohlen, dort, wo die Voraussetzungen dafür gegeben sind, gleichfalls gemeinsame Arbeitsgemeinschaften (Ausschüsse) zu schaffen.“

Dieser Antrag wird beinahe einstimmig zum Beschluß erhoben. Es gelangte dann Abg. Genosse Schleichhart zum Worte, der über die Zielungsnahme im Bunde zu der bekannten Kölner Resolution berichtete. Er verwies auf die Schwierigkeiten, die sich durch diese Resolution ergeben haben und durch welche die Tätigkeit des Bundes erschwert wird. Zum Gegenstand selber legte er dem Bundestag nachstehende Entschließung vor. Es versteht sich von selber, daß die Kommunisten auch dazu wieder alle Kräfte spritzen ließen, um die Entschließung zu verhindern, sie wurde aber durch erdrückende Mehrheit beschloffen, und lautet:

„Da unser Bund grundsätzlich auf dem Prinzip der parteipolitischen Neutralität steht, bedauert der Bundestag, daß durch eine politische Resolution, die vom Kölner internationalen Kongress angenommen wurde, die parteipolitische Neutralität gegenüber der sozialistischen Arbeiterinternationale verletzt wurde. Der Bundestag hofft, daß die I.P.A. eine entsprechende Erklärung in dieser Beziehung veröffentlicht wird und insbesondere eine authentische Auffklärung über ihren Punkt im Programm des 3. t. A. Abt. die sich das Recht der freien Arbeit vorbehält.“

Rechtliche Schwierigkeiten ergaben sich bei der Wahl des Bundesvorstandes. Gegenwärtig warf sich der Herr Hans Lisek zum einzigen Vertreter der Parteiloosen auf. Genosse Diez, Komotar, der namens der Wahlprüfungskommission berichtete, wies die Herren Kommunisten in die Schranken und unter tosender Unterstützung des ganzen Kongresses stellte er fest, daß ein Genosse, als er zur Verhinderung eines Leibesbedürfnisses sich an einem Orte befinde, von dem man in guter Gesellschaft nicht gehen sollte, Ohrenzeuge einer kommunistischen Seitenkonferenz gewesen sei, in der über die Vorschläge für die Bundeseinrichtung berichtet wurde. Die Kommunisten scheinen nach unserer Meinung für ihre zeitigen Auseinandersetzungen somit den richtigen Ort gefunden zu haben. Nach längeren Verhandlungen wurde dann der Bundesvorstand wie folgt gewählt:

Janauschek, Vorsitzender, Grand Bräun, Stellvertreter. Mitglieder der Exekutive: Reibel, Reibel, Reibel, Kontrolle: Reibel, Haas, Reibel; Endlich, Kunert, Zwoßler, Zwoboda. Dazu kommen noch die Kreisvertrauensmänner, und zwar: Kraus, Hellenau, Diez, Komotar, Lahmer, Auffa, Endlich, Tepik, Sedlaček, Pederbad, Kunert, Rumburg, Maruscha, Reichenberg, Benschod, Arnan, Müller, Dittersbach, bei Braunau, Stalsky, Zwitter, Supal, Reuttschlein, Löw, Bräun, Gintschil, Sternberg, Kraus, Jägerndorf.

Damit war die Tagesordnung erschöpft. Wir müssen offen sagen, daß es als ein schwerer Mangel bezeichnet werden muß, daß der Kongress nicht Gelegenheit nahm, um in einem eingehenden Referate über die Angelegenheit der Herikalen Reaktion, wie modus vivendi, Schulgesetz, Bezirks- und Landesschulsausschüsse und anderes eine Aussprache herbeizuführen. Daß es nicht dazu kam, haben die Kommunisten, den an anderen Dingen mehr zu liegen scheint, verschuldet. Hoffen wir, daß unsere Genossen den Bund seinen ureigensten Zwecken näherbringen und die kommunistischen Spalter in Schranken halten.

Arbeiter, da habt Ihr die kommunistischen Methoden in Reinkultur!

Sie entfeckeln einen wilden Streik und für die unausweichliche Niederlage machen sie die Sozialdemokraten verantwortlich.

Der Kommunistensekretär Belcl muß widerrufen.*)

Der Ursprung der Dinge, über die wir im nachstehenden erst jetzt abschließend berichten können, weil das Nachspiel erst jetzt sein Ende fand, liegt weit zurück. An dem Fall selber aber können die Arbeiter wieder einmal das ganze Um und Auf kommunistischer Politik studieren.

In der Glanzstoffabrik in Lobositz waren am 19. August 1924 zwei Arbeiterinnen ohne Kündigung entlassen worden. Daraufhin ließ der Sekretär des (kommunistischen) internationalen Allgewerkschaftlichen Verbandes Franz Belcl ohne Wissen der Vertreter der beiden freigewerkschaftlichen Verbände, denen 90 Prozent der Belegschaft angehörten, durch Abstimmung des arbeitstüchtigen Teiles der Belegschaft zu einem Streik kommen. Am Tage nach diesem Beschluß begannen die Vertreter des deutschen und des tschechischen freigewerkschaftlichen Verbandes Genosse John-Aussig und Blecita Prag im Beisein Belcls die Verhandlungen mit der Direktion des Unternehmens. Diese Verhandlungen gestalteten sich überaus schwierig. Der Direktor Müller stellte die von den Gewerkschaftsvertretern selbstverständlich als unannehmbar erklärte Bedingung, daß 47 — später sprach er von 30 — Arbeiter nicht mehr in den Betrieb aufgenommen werden würden. Der kommunistische Sekretär Belcl beteiligte sich an allen diesen Verhandlungen und berichtete selbst darüber in einer Streikversammlung, in der Vertreter aller drei Organisationen für eine Deputation gewählt wurden, die in Prag und Leitmeritz die Hilfe der Behörden zur Liquidierung des Streikes anrufen sollte und dann, am 28. August, in einer Streikversammlung darüber zu berichten hätte.

Als Genosse John an diesem Tage zur Versammlung nach Lobositz kam, mußte er zu seinem Erschauen hören, daß ein großer Teil der streikenden Arbeiter, darunter sogar Mitglieder des Streikausschusses, sich bei der Firma zur Arbeit einschreiben ließen. Genosse John brandmarkte in dieser Versammlung das disziplinslose Vorgehen der Arbeiterschaft und insbesondere des Streikausschusses, der sich bereits aufgelöst hatte und die Versammlung beschloß, die Verbandssekretäre mit je zwei Vertrauensleuten zu der am 29. August in Aussicht stehenden Verhandlung zu entsenden, die im Auftrag der Prager Behörden zur Beilegung des Streikes einberufen wurde. Bei dieser Verhandlung erklärte der Vertreter der Unternehmerorganisation, daß 102 Arbeiter dem Streik sich überhaupt nicht angeschlossen hätten und daß sich weitere 311 Arbeiter zur Arbeitsaufnahme gemeldet haben, daß die Firma die Arbeit daher wieder beginnen lasse und jede weitere Verhandlung als überflüssig betrachte. Durch die Bemühungen der Vertreter der Behörde und der Arbeiterschaft wurde noch durchgesetzt, daß den Arbeiterorganisationen das Recht zugestanden wurde, die von ungerechtfertigten Maßnahmen Betroffenen zu vertreten.

Als am 30. August der Arbeiterschaft dieses Ergebnis mitgeteilt wurde, war es ihr kommunistischer Vertrauensmann Anton Weiß, der den Antrag stellte, trotz der vorgenommenen Maßnahmen (von denen er selber nicht

betroffen war) die Arbeit aufzunehmen und sich nur um das Schicksal der Gemährtegelten zu bemühen. Charakteristisch Weise beteiligte sich der kommunistische Sekretär Belcl weder an der entscheidenden Verhandlung in Aussicht noch an dieser Schlussverhandlung in Lobositz und überließ die Verichterstattung seinem gänzlich uninformierten Kollegen Schramel.

Dies war der klägliche Zusammenbruch des unter der Patronanz Franz Belcls hervorgerufenen wilden Streiks in der Lobositzer Glanzstoffabrik.

Dies war der klägliche Zusammenbruch des unter der Patronanz Franz Belcls hervorgerufenen wilden Streiks in der Lobositzer Glanzstoffabrik, der niemals zugunsten der Arbeiterschaft enden konnte und nach Aussage eines Zeugen hauptsächlich deshalb scheiterte, weil die Mitglieder des kommunistischen Verbandes (zum Unterschied von den Mitgliedern der beiden freigewerkschaftlichen Organisationen) von ihrer Organisation keine Unterstützung erhielten!

Um nun die gerechtfertigten Vorwürfe, die gegen ihn erhoben wurden, abzuschwächen, begann Franz Belcl in der „Internationale“ eine Reihe von Artikeln in denen die Sozialdemokraten für den Ausgang des Streikes verantwortlich gemacht wurden. Ja, er verstieg sich so weit, die Sekretäre John und Blecita zu beschuldigen, daß sie gemeinsam mit den Unternehmern an der Abwägung des Streikes gearbeitet und die Arbeiterschaft veraten hätten und daß der internationale Verband der Arbeiterschaft der chemischen Industrie Unterstützungen aus zweifelhaften Quellen bekommen hätte! Der internationale Verband stellte daraufhin beim Kreisgerichte in Leitmeritz den Strafantrag gegen den verantwortlichen Redakteur der „Internationale“ Rudolf Wunsch und dann, als dieser den Franz Belcl als Urheber der inkriminierten Artikel nannte, auch gegen diesen. Der Redakteur Wunsch gab bei Gericht die Erklärung ab, daß er einen Wahrheitsbeweis nicht erbringen könnte, das Erscheinen dieser Artikel bedauere. Durch diese in der „Internationale“ am 24. April 1925 veröffentlichte Erklärung schied Wunsch als Angeklagter aus. Da Belcl einen umfangreichen Wahrheitsbeweis angeboten hatte, und dieser Versuch bei jeder Verhandlung immer noch mehr erweiterte, zog sich der Prozeß so lange hin. Da Belcl seine Behauptungen nicht erweisen konnte, war er bei den einzelnen Verhandlungen bereit, jede wie immer geartete Erklärung abzugeben und bat nur, man möge ihm die Kosten erlassen, weil er nichts besitze. Darauf konnten jedoch die Privatkläger aus Prestigegründen zunächst nicht eingehen. Trotz alledem aber und obwohl sogar die Ergebnisse des Beweisverfahrens die Behauptungen Belcls nicht nur nicht bestätigten, sondern sogar widerlegten, erschien in der „Internationale“ noch am 31. März 1928 ein Artikel, in dem angenommen wurde,

daß Belcl der Wahrheitsbeweis gut gelungen ist und daß die Kläger sich bemühen, einen Ausgleich herbeizuführen, wobei sie schon so weit gegangen sind, daß sie die hohen Prozeßkosten weit herabschätzen wollen.

ten und die besten Abzahlungsmöglichkeiten bieten, wenn Genosse Belcl irgend eine Erklärung abgibt, damit sie die Klage zurückziehen können. Als Genosse Belcl es abgelehnt habe, auf dieses Geschäft einzugehen, haben die Kläger ihre weiteren Trümpfe ausgepielt.

Mit Rücksicht auf diesen unerhörten Artikel lehnten es die Kläger ab, mit Belcl einen Vergleich zu schließen und erklärten sich dazu erst bereit als Belcl erklärte, er habe diesen Artikel nicht selber geschrieben. Die Kläger verlangten bei Abschluß des Vergleichs, daß Belcl die Hälfte der Kosten bezahle. Erst als Belcl auf seine gänzliche Vermögenslosigkeit hinwies und versprach, jede Erklärung abzugeben, entschlossen sich die Privatkläger über Zurechen des Gerichtes zu einem Vergleich, dessen Ergebnis nachfolgende, von Franz Belcl unterschriebene und von ihm auch zu veröffentliche Erklärung ist:

Franz Belcl erklärt, daß seine Behauptungen in der Nummer 200 der „Internationale“ vom 31. August 1924 auf Seite 3, Spalte 4, unter der Aufschrift „Der Lobositzer Streik abgewirgt?“, sowie seine Behauptungen in der Nummer 210 der „Internationale“ vom 13. September 1924, Seite 4, Spalte 4, unter der Ueberschrift „Nachklänge zum Streik in der Lobositzer Glanzstoffabrik“, soweit mit diesen Behauptungen dem internationalen Verband der Arbeiterschaft der chemischen Industrie in Aussicht und dessen Sekretär Julius John der Vorwurf gemacht wird, daß dieselben den Streik in der Lobositzer Glanzstoffabrik im Einverständnis mit der Unternehmerschaft und gegen die Interessen der Arbeiter geführt und Gelder von dritten Personen aus unläuteren Quellen bezogen haben, jeder Grundlage entbehren, alle daran gemachten Bemerkungen unrichtig sind und daß er diese Neuerungen der ganzen Artikel mit Bedauern zurücknimmt.

Franz Belcl verpflichtet sich, den Privatklägern, die mit Rücksicht auf seine wirtschaftlichen Verhältnisse von den Anklägern gemäßigten Kosten des Strafverfahrens im Betrage von K 1000.— in monatlichen, gleichen, mit 2. Mai 1928 zu beginnenden Raten von je K 40.— bei Terminverlust und Exekutionsfolgen zu handeln des Dr. Gustav Rahn, Advokaten in Aussig a. Elbe, zu bezahlen.

Franz Belcl verpflichtet sich unter Exekutionsfolgen diese Erklärung auf seine Kosten in der am Samstag, den 7. April 1928 erscheinenden Nummer der „Internationale“ und in der nächstfolgenden Nummer der periodischen Zeitschrift „Der Arbeiter, Organ des internationalen Allgewerkschaftlichen Verband in der tschechoslowakischen Republik“ zu veröffentlichen.

Leitmeritz, am 4. April 1928.

Franz Belcl.

So also endet nach vier Jahren das Nachspiel einer kommunistischen gewerkschaftlichen Niederlage ebenfalls mit einer Niederlage. Nicht nur die damals betroffenen Arbeiter werden dieses Ende des kommunistischen „Wahrheitsbeweises“ mit entsprechendem Interesse und Urteil aufnehmen, sondern die ganze Arbeiterschaft wird diesen Fall als ein Schulbeispiel verantwortungsloser kommunistischer Streiktaktik und der noch mehr verantwortungslosen allgemeinen kommunistischen Methode zu würdigen wissen, die darin besteht kommunistische Sünden systematisch den Sozialdemokraten anzulasten, auf solche nicht näher zu qualifizierende Weise die eigene Schuld in frapierender Weise auf die Sozialdemokraten abzuwälzen, gegen die ihnen, wie dieser Fall geradezu typisch lehrt, wirklich kein Mittel zu schlecht ist.

Rosches Osterbotschaft.

Vollständige Belehrung zum Aktivismus.

Dr. Rosche veröffentlicht in einigen Blättern einen Artikel „Ostergedanken“ in dem er wieder den Burgfrieden der nationalen und der aktivistischen Parteien predigt. Er führt die Tschechen als Muster an, die, ohne Rücksicht darauf, ob die eine Partei in der Mehrheit, die andere in der Opposition gestanden habe, in nationalen Fragen gemeinsam vorgegangen wären, im Interesse des gleichen Zieles. Auch die deutsch-bürgerlichen Regierungen- und Oppositionsparteien sollten ein gemeinsames Ziel haben, für das sie, jede an ihrem Platze kämpfen könnten. Dr. Rosche vergißt nur, daß die Tschechen niemals Parteien hatten, die in der Regierung wichtige Rechte veräußert, die nationale Freiheiten für wirtschaftliche Vorteile verkauft hätten. Das Schlimmste, was tschechische Oppositionsparteien den an der Regierung beteiligten vorwerfen konnten, war, daß diese keine Erfolge errungen hätten. Aber in keiner Phase des tschechischen Befreiungskampfes hat eine tschechische Partei zur Untergrabung der tschechischen Freiheit die Hand geliebt. Unsere Aktivisten haben dagegen die Verwaltungsreform und das Gemeindefinanzgesetz, die Wehrgesetz und das Prügelpatent beschaffen, sie haben die deutsche Minderheit schwer geschädigt, und wenn die nationalen Parteien dies widerspruchslos einstehen, wenn sie dies als einen Teil des Kampfes um die Freiheit ansehen, machen sie sich an dem Verbrechen einfach mitschuldig!

Aber der Vorschlag Rosches wird besser verständlich, wenn man seinen „Osterruf“ in der „Abwehr“ liest, der nicht weniger bedeutet, als das voll uneingeschränkte Bekenntnis zum Aktivismus der andern, zu einer Politik der „Unpopularität“. Der Führer der Nationalpartei schreibt:

„So haben wir denn die Pflicht, wieder zu verlangen, was da war und zu erhalten, was ist. Zu diesem Zwecke muß unsere Politik sich die noch fehlenden Voraussetzungen schaffen, selbst auf die Gefahr hin, daß mit einer unpopulären Politik des Entzuges und des Opfers starrer Dogmen begonnen werden muß. Nur muß diese Politik innerlich zielbewußt sein, so daß sie letzten Endes überhaupt zu Erfolgen führen kann. Es gibt eine Politik der Pflicht, die davor nicht zurückschrecken darf, von alten Ueberlieferungen abzugehen und neue Wege zu beschreiten, wenn der Einsatz den Gewinn wert ist. Grundlage brauchen dabei, da es meist um Fragen der Taktik geht, nicht über Bord geworfen zu werden. Auch Fehlschläge, an denen gerade das politische Leben so reich ist, dürfen uns Substanzverlusten den Mut nicht nehmen. Wie der Mensch im privaten und wirtschaftlichen Leben von Fehlschlag zu Fehlschlag doch immer wieder aufs neue hofft, wie der Landmann nach der Missernte die gute Ernte erhofft, so soll auch in der Politik jeder Versuch, dessen Gelingen Wertvolles bedeutet, wiederholt werden. Und für dieses Streben, die Lage des eigenen Volkes zu verbessern, darf es keine Unterbrechung und keine Fristsetzung geben.“

Wie zur Osterzeit in jedem Hause geäubert und geläutert wird, wie die Natur in Leuzglust und in Aprilstürmen ihr Reinigungswort vollzieht, so sollte auch uns die österliche Nachsicht veranlassen, im parlamentarischen Getriebe und in der Politik überhaupt aufzuräumen mit überholtem, parteidogmatischem Gerümpel einer vergangenen Zeit und mit dem Festhalten

Der Baldamus und seine Streiche

Nachdruck verboten.
Verlegt vom Bücherkreis in Berlin 1927.
Von Oskar Währle. 12

Das Zurückweisen meiner Arbeiten findet meine Hoffnungen in der schönsten Blüte; denn das Geld, das ich mißhätte, reichlich nicht weit. Bereits nach vier Wochen war es aufgebraucht. Als ich nichts mehr zu essen hatte und mein Magen derart knurrte wie ein böser Hund an der Kette, ging ich in meiner Verzweiflung zu dem Dichter Hansjakob, der damals als Pfarrer in Freiburg wohnte. Aber er ließ mich gar nicht vor, sondern schickte mir durch seine Haushälterin meine Manuskripte wieder heraus und dazu einen Häufmarktwein. Das trankte mich. Deshalb schickte ich ihm das Geld wieder hinein und ließ ihm anrichten, ich sei kein leidendes Handwerksbursch und hätte von ihm eine bessere Auslegung des Evangeliums erwartet. Das wirkte auf den alten Büffel wie ein rotes Tuch. Er wurde stöhig und kam höchstgeigen die Treppe hinuntergerannt an die Haustür und brüllte mir nach, ich solle mich ja nicht mehr bei ihm blicken lassen, sonst hole er die Polizei. Das sah dem guten Hansjakob ähnlich; er goß keine Galle nicht nur in die Tinte und aufs Papier, sondern auch unbelümmert ins purste Leben, mochte es den Rechten oder den Unrechten treffen, was schierte ihn das! Ich versuchte dampf- und frampfhaf, eine Arbeit zu finden. Alle Bemühungen in dieser Hinsicht blieben vergeblich. Ich mochte treppauf und treppab rennen, es hatte alles keinen Zweck. Wo ich hinkam, war vorher schon ein anderer dagesewen und hatte den Posten geschmuppert. Sie und da erbe ich einen Goppen, den ich gleich hinunterschlang. Doch waren das nur Abflogszahlungen an meinen Wagen. Wenn man jung

ist, mit der Hunger am wehsten, und hier bei diesem Stohldampfleben war keine Aussicht, jemals satt zu werden.

Darum schob ich ob und wanderte zu Fuß nach Mühlhausen hinüber, ich dachte mir, in einer großen Industriestadt würde ich am ehesten unterkommen. Aber auch hier gelang mir anfänglich nichts, so daß ich, um aus meinem Hungerleiden herauszukommen, beschloß, Schiffsjunge zu werden. Ich meldete mich zu diesem Zwecke beim Vorsitzenden der dortigen Zweigstelle des Deutschen Flottenvereins, einem reichen elksässischen Großindustriellen, der in der Stadt eine große Rolle spielte und bei allen Gelegenheiten vorn dran war und dem der deutsche Kaiser ein ganzes Dutzend voll Ehrenbündel ins Stenoploch gehängt hatte, mehr als eigentlich dort Platz hatten. Der ließ mich in ein Zimmer kommen, das so dick mit Teppichen belegt war, daß man seinen eigenen Schritt nicht mehr hörte. Er ließ mich, in einem mächtigen Lederfessel Platz zu nehmen, bot mir eine feine Zigarre an und als ich die angezündet hatte und den ersten Rauch zoghaft durch die Nasenlöcher ausstieß, fragte er mich auf elksässisch, ob ich französisch verstünde? Ich sagte ja. Von da ab redete er mit mir nur noch französisch. Er gab sich alle Mühe, mich von meinem Vorhaben abspenstig zu machen. Ich sei doch ein geborener Elksässer, sagte er. Das Meer sei weit und gefährlich. Warum ich Schiffsjunge werden wolle? Und ausgerechnet auf einem preussischen Schiff? Ich solle doch im Lande bleiben, aber auf keinen Fall zu den verdammten „Schwaben“ gehen, zu diesen Schnapspreußen, diesen „maudites têtes carrées! Ich sagte, ja ich würde ganz gerne hier bleiben, wenn ich nur eine Arbeit hätte, mit der ich mich durchbringen könne. Augenblicklich ginge es mir eben schlimm, ich hätte nichts zu nagen und zu beißen und schon seit zehn Tagen keinen warmen Vösselstiel im Hange gehabt, und was ein ordentliches Bein sei oder ein sauberes Hemd, das wisse ich auch nicht

mehr. Da gab mir der Herr Vorsitzende der Zweigstelle des Deutschen Flottenvereins zu Mühlhausen ein nageleines Zwanzigmarsk in die Hand, ging an seinen Schreibtisch und schrieb ein paar Zeilen an das Arbeitsamt. Mit diesem Briefe wurde ich nun aufgenommen. Hinter dem Schalter stecken gleich ein paar die dicken Klöpfe zusammen und hielten einen Rat. Darauf schrieben sie ein buntes Formular aus und ich hatte eine Stelle als Hausknecht in der Herberge zur Heimat. Das war ein Haus, das auf den Prinzipien der christlichen Nächstenliebe errichtet war; es sollten da die Hungerigen gespeist, die Durstigen getränkt, die Nackten gekleidet und die Obdachlosen beherbergt werden. Das geschah auch prompt, sofern diejenigen, die in den Wirkungskreis dieser Anstalt kamen, genügend Binkelpfennig hatten, die Werke christlicher Nächstenliebe bar abzulösen. Mühte aber ein Kunde an, der nicht so viel Moos hatte, um seine Bleibe und seine Ägung zu bezahlen, so slog er in hohem Bogen aus dem Tompel hinaus. Was brauchen wir „Lumpen“, hieß es. In dem Fach des Hinauskehrens war der Penneboß — wie der erste Hausknecht benannt wurde — besonders tüchtig. Gegen seinen Oberarmmuskel gab es keinen Widerstand. Der Tag in der Herberge zur Heimat wurde mit frommem Gebet am Morgen begonnen und mit frommem Gebet am Abend geschlossen. Das ganze Geschäft war deutlich mit Frömmigkeit und Salbaderei verbrämt. Ein alter Landstreicher sagte mal, gegen das fromme Gewinsel können wir uns nicht wehren. Das müssen wir über uns ergehen lassen wie Regen oder Hagel, wir sind nicht mal imstande, einen Schirm aufzuspannen. Die Arbeit, die ich hier zu tun hatte, gefiel mir. Ich sah manchen weigereisten, abenteuerlichen Kerl und bekam bei den Erzählungen, die die Stunden im Schlafsaal nachts vor dem Einspernen verzapften, selber Lust die Flügel zu regen und die Welt anzuschauen. Es konnte doch mein Lebenszweck nicht sein, ständig hier zu hocken und die stinkigen

Kundenbetten zu machen, oder wenn ich in die Stellung des Penneboß aufgerückt war, nachts die Landstreicherhunden auf das Vorhandensein von Käsen zu sützen. Je mehr meine Ersparnisse wuchsen, desto geringer wurde mein Arbeitsgeiz. Dazu kam, daß ich nach mit einem Müßiggänger hatte, das mir um jede Hausangabe nachstrich und nachts ihre roten Haare wie einen Feuerstrich flattern ließ.

Als ich von allem genug hatte, kündigte ich und ging zu meinem alten Schulfreund Bleder nach Jochenheim, der dort in den Ferien war, und verlebte schöne Zeiten. Die ungelagerten Tage schmolzen hin wie Schnee an der Sonne, mein Geld noch rascher. Allgemach bangte mir wieder, wie ich meinen Unterhalt bestreiten sollte, hatte ich mich doch im schönsten Gasthof einquartiert, fraß und soff wie ein Reichsbaron. Zudem spielte ich den Gläubiger, lief außer Bleders Schwester noch einigen hübschen Wandweberinnen nach und verpömperte so in einem unerhörten Leichtsin das letzte Geld. Alle Versuche, meinem Dichtergaul einig Wutströpflein abzuzapfen, schlugen daneben; wie auf eine große Verabredung hin kamen auch da die an die Redaktionen ausgeschickten Gedichte und Skizzen zurück. Es war eine Nacht am Werk, mich wieder in den Sattel zu stellen.

Was sollte ich tun? Es blieb mir nichts anderes übrig, als nach langem Bedenken einen kurzen Abschied zu nehmen. Das Geschwäh, das da aufstiege, muß graufig gewesen sein. Was die Familie Bleder und besonders seine Schwester von mir und meinem Schwindelgenie denken würde, bekümmerte mich nicht. Die Erbärmlichkeit meiner Handlungsweise ist mir erst später aufgefallen. Aber geschehen ist geschehen. Die toten Sterne lassen sich nicht mehr aufsteden.

(Fortsetzung folgt.)

Aktuallmordgeschichten in Indien.

London, 10. April. „Daily Telegraph“ berichtet aus Bombay: In dem Fabriksortie Ahmedabad brach infolge von Gerüchten über Kinderraub eine Panik aus. Es wurde gemeldet, daß zwei Pathans (völlig hindufisierte Mohammedaner) gefaßt wurden, als sie verjuchten, Kinder wegzuloden. Bald waren Gerüchte im Umlauf, daß Pathans 100 Knaben bei einer im Bau befindlichen Brücke opfern wollten und daß die mohammedanische Schijas-Sekte Kinder ermordete, um ihr Blut mit Opferreis zu mischen. Viele Sikhs und Mohammedaner wurden vom erregten Böbel übel zugerichtet. Zwei Mohammedaner wurden von einer zweihundertköpfigen Menschenmenge geschlagen, in der Annahme, daß sie Pathans wären. Einer von ihnen erlag im Krankenhaus seinen furchtbaren Verletzungen, der andere befindet sich in gefährlicher Verfassung. Die Behörden suchen die Erregung, welche immer härter wird, zu beschwichtigen.

an schädlichem Doktrinarismus. Es gilt, in unserer Lage endlich einmal den Gedanken zu erfassen, der insbesondere in dieser Betrachtung auferstehen soll, weil er eine der grundlegenden Voraussetzungen für die Führung unserer Politik und deren Erfolg ist: Den Gedanken unserer inneren Geschlossenheit und der Verständigung, der Verständigung zunächst unter uns selbst, und dann mit jenen, mit denen uns das Schicksal in diesem Staate zusammengeführt hat, wobei allerdings dieser Verständigungs-wille dem anderen Volke gegenüber von uns durchaus nicht als feige Untertwerfung, sondern als ehrliche Ausmittelung uns zustehender Rechte gedacht ist. Für das weitere politische Geschehen im Sinne der Erhaltung unseres Volkstums ist und bleibt der Gedanke der Einigkeit und der Verständigung untereinander notwendig, damit wir in geschlossener Phalanx entweder die Erfüllung unserer Lebensforderung erreichen oder den uns auch weiterhin aufgezwungenen Kampf mit Nachdruck und Aussicht auf Erfolg führen können.“

Herr Dr. Kofche will also das alte Lodgmanische Erbe vollends über Bord werfen, er will „neue Wege“ beschreiten, aber diese neuen Wege sehen den alten des Herrn Spina verflucht ähnlich. Wenn von Fehlschlägen die Rede ist, denkt man doch allzusehr an den Marx-Harting, und der Wille zum Opfern und Entgegen ist auch ganz alt-aktivistisch. Es scheint, daß die deutsch-nationalen Fabrikanten arg drängen, sonst würde ein Parteiführer sich doch kaum zu einer so tristen Osterbotschaft bereitfinden! Keine Politik ist unpopulär, es hat schon seinen guten Grund, wenn sie es ist. Das Volk weiß politische Erfolge zu werten, und eine Politik sichtlicher Mißerfolge ist eben immer unpopulär. Aus seiner politischen Ueberzeugung heraus kann sich ein Politiker wohl kaum nach einer unpopulären Politik sehnen, es muß schon kein Masseninteresse sein, das ihn diesen absonderlichen Weg beschreiten läßt.

Das Jubiläum der tschechischen Bruderpartei.

Würdige Gedenkfeier in Bzenov.

Die tschechoslowakische Sozialdemokratische Partei am Sonntag den 50. Jahrestag ihres gründenden Kongresses durch eine Zusammenkunft in Prag-Bzenov in demselben Gasthaus, in dem vor 50 Jahren der geheime Kongreß von St. Margareten stattgefunden hatte. Von den 15 Teilnehmern des damaligen Kongresses waren sechs bei der Gedenkfeier anwesend.

Die Festversammlung wurde von dem Sekretär der Groß-Prager Parteiorganisation Genossen Havella eröffnet; in das Präsidium wurden die sechs Teilnehmer des gründenden Kongresses gewählt. Nach einleitenden Worten des Vorsitzenden Genossen Habrman sangen die Arbeiterjünger von Bzenov die „Internationale“ und das „Lied der Arbeit“, worauf der Partei-Vorsitzende Genosse Hampl, stürmisch begrüßt, die Festrede hielt. Er gab zunächst einen geschichtlichen Rückblick über die Entwicklung der Partei seit jedem denkwürdigen Kongreß von St. Margareten und besaßte sich dann mit politischen Gegenwartsfragen. Unter dem Beifall der Versammlung erklärte er u. a., daß jede Politik, die gegen die Arbeiter gerichtet sei, in diesem Staate immer scheitern müsse; die Regierung könne wiederum: entweder aus den arbeitenden Tschichen Sklaven machen und den Staat begraben, oder ihnen jenen Platz geben, der ihnen gehört. Die Demonstrationen am Dienstag waren nicht nur ein Ringen um die Sozialversicherung, sondern sie waren auch eine Kundgebung gegen das unjähige Regime, das das wirtschaftliche und moralische Kapital dieses Staates verwirrt hat.

Nach der begeistert aufgenommenen Rede Hampls hielten die Jubilanten, die vor 50 Jahren an dem geheimen Kongreß teilgenommen hatten, kurze Ansprachen. Genosse Dr. Soukup gab die Anregung, die historische Stätte des ersten Kongresses anzufahren und zu einem Arbeiterheim auszugestalten. Nach einem Schlusswort Habmans, das in einem Appell zu weiterer erfolgreicher Arbeit ausklang, wurde die schön verlaufene Versammlung gegen Mittag beendet.

Der Protest des kleinen Landvolks.

Gegen die agrarische Zollpolitik. — Gegen den aktivistischen Bodenreformverrat!

Der Verbandstag der deutschen Kleinbauern und Häusler hat in seiner Monatsversammlung folgende Entschliessung einstimmig angenommen:

Die am 8. und 9. April auf dem Verbandstage in Prag versammelten Vertreter der deutschen Kleinbauern, Kleinpächter und Häusler der tschechoslowakischen Republik stellen einmütig fest, daß sich in den letzten zwei Jahren die wirtschaftliche Lage der arbeitenden Landbevölkerung erheblich verschlechtert hat.

Eine der Ursachen dieser Schädigung ist die im Jahre 1925 von der deutsch-tschechischen Bürgerregierung eingeschlagene Zollpolitik. Die Praxis hat die Lehren hervorragender landwirtschaftlicher Fachleute bestätigt, daß Agrarzölle kein Mittel zur allgemeinen Hebung der Landwirtschaft sind, weil durch sie hunderttausende landwirtschaftlicher Kleinbesitzer schwer betroffen werden. Die Zölle haben vor allem die Futtermittel verteuert und die Kleinlandwirte gezwungen, ihren Viehstand zu vermindern. Auch die Getreide- und Lebensmittelzölle haben die Kleinlandwirte, speziell die Gebirgsbauern, empfindlich belastet, welche in der Regel einen Teil der notwendigen Lebensmittel und Saatgetreide zukaufen müssen. Ebenso wurden die Kleinlandwirte durch die Zölle auf Kunstdünger und landwirtschaftliche Maschinen finanziell empfindlich benachteiligt. Die gegenwärtige Zollpolitik bedeutet außerdem eine Schwächung der Kaufkraft breiter Massen, welche als Konsumenten kleinbäuerlicher Erzeugnisse in Frage kommen. Diese Erscheinungen haben die Landesvertreter bei den parlamentarischen Zollverhandlungen vorausgesagt. Ihre damaligen Anträge, der Landwirtschaft durch andere Mittel zu helfen, wurden unbeachtet abgelehnt. Wir verlangen daher nach wie vor den Abbau aller die Landwirtschaft schädigenden Schutzzölle, also der Industriezölle und Agrarzölle.

Eine weitere unangenehme Belastung brachte für die Kleinlandwirte die Steuerpolitik der gegenwärtigen Regierung. Die Reform der Grundsteuer brachte nur für die großen Grundbesitzer und Großagrarien überhaupt erhebliche Steuererleichterungen. Die Hauskassensteuer wurde bei den kleinen Hausbesitzern bis zu 5 Wohnräume erhöht, hingegen bei den großen Hausbesitzern bedeutend ermäßigt. Ganz entschieden müssen wir gegen die Absicht des Finanzministeriums protestieren, die bisher geübte Praxis bei der Ermittlung der Pektarreinerträge mittels Festsetzung der Einkommensteuer aus dem Grundbesitz auch in diesem Jahre beizubehalten, indem es die Vorschläge der großagrarischen Organisationen anerkennt, nach denen die Kleinlandwirte angeblich einen doppelt, ja oft dreifach größeren Reinertrag haben als die großen Besitzer. Diese Vorschläge sind eine bewußte Irreführung der Steuerbehörden und bedecken eine geradezu betrügerische Schädigung der kleinen Landwirte. Das gleiche Unrecht widerfährt den Kleinlandwirten durch die 25prozentige Erhöhung der Umsatzsteuer, die einzig und allein bei den durch die Zölle schwer verdienenden Großagrariern angebracht ist, aber keineswegs bei Kleinlandwirten, die nur wenig oder gar nichts zu verkaufen haben.

Wir verlangen daher eine gerechte Verteuerung für die Kleinlandwirte durch Festsetzung eines angemessenen Existenzminimums und durch die Zugrundelegung des Katastralreinertrages bei der Einkommensteuer.

Der Verbandstag sieht sich ferner zu der Feststellung gezwungen, daß trotz der Regierungseinnahme des Bundes der Landwirte, der Christlich-sozialen und der Gewerkepartei die Bodenreform in parteilicher und ungerechter Weise zu Ende geführt wird. Nicht genug, daß die wohlbegründeten Ansprüche der deutschen Bodenbewerber mit Ausnahme einiger Geschenke an Parteifunktionäre des Bundes der Landwirte abgelehnt werden, es sind Fälle vorgekommen, wo mit Hilfe der deutschen Agrarier Kleinbauern und Kleinpächtern ihre bisherigen Pachgrundstücke weggenommen und an deutsche Großagrarien oder tschechische Restgutbesitzer zugeteilt wurden. Der Verbandstag erklärt feierlich, daß für alle Sünden, welche auf dem Gebiete der Bodenreform an der arbeitenden Landbevölkerung in den letzten Jahren begangen wurden, die deutschen Regierungsparteien in vollem Maße verantwortlich sind. Der Verbandstag fordert eine Revision der bisherigen Bodenverteilungen, eine volle Wiedergutmachung des den kleinen Bodenbewerbern zugefügten Unrechtes und eine Berücksichtigung der Gemeinden bei der Durchführung der Bodenreform.

Zur Schande der deutschen Regierungsparteien muß auch festgestellt werden, daß in der Zeit ihrer Herrschaft dem kleinen Landvolke auch der Pächterschutz geraubt wurde. Wir fordern die energische Gewehrung der von den sozialdemokratischen Abgeordneten eingebrachten Anträge auf Erneuerung des gesetzlichen Pächterschutzes.

Schließlich betrachtet es der Verbandstag als seine Pflicht, gegen das brutale, jedem demokratischen Empfinden hohnsprechende Vorgehen der landbäuerlichen Mehrheit in der deutschen Sektion des böhmischen Landeskulturrates, zu protestieren. Ueber Betreiben des landbäuerlichen Abgeordneten Win-disch wurde der einzige Vertreter der Kleinlandwirte und Häusler, Abgeordneter Leibl, aus den Sachkomitees verdrängt. Die Verbandsektion wird aufgefordert, mit allen zweckdienlichen Mitteln dahin zu wirken, daß dieses Unrecht gesühnt wird.

Der Bund der Landwirte trägt die alleinige Schuld, wenn durch seine Politik der Landeskulturrat zu einem politischen Kampfbild gemacht wurde

und wenn die Kleinlandwirte und Häusler der Tätigkeit des Landeskulturrates mit gesteigertem Mißtrauen entgegensehen. Der Verbandstag fordert in diesem Zusammenhange die enbliche Errichtung von Landwirtschaftskammern auf Grund des allgemeinen Wahlrechtes der in der Landwirtschaft tätigen Personen.

Für alle diese Lebensforderungen ruft der Verbandstag die deutsche kleinbäuerliche Bevölkerung des ganzen Staatsgebietes zum entschlossensten Kampfe auf und gibt der Ueberzeugung Ausdruck, daß das Recht des kleinen Landvolkes im Kampfe gegen seine Feinde und Ausbeuter siegreich bleiben wird.

Russisch-japanische Spannung.

Wegen der Unterfückung japanischer Kommunisten durch Moskau. Massenverhaftungen.

London, 10. April. Nach einer von den Blättern veröffentlichten Meldung aus Tokio herrscht in ganz Japan große Erregung wegen der Entdeckung eines weitverzweigten roten Komplottes gegen den Kaiser von Japan. Ueber tausend kommunistische Agitatoren wurden verhaftet. Sie werden einer Verschwörung gegen den Kaiser beschuldigt. Weiter wird berichtet, die Fäden liefen nach Feststellung der Polizei nach Moskau.

Der offizielle Bericht, in dem geschildert wird, wie es zu der Aufdeckung der bolschewistischen Verschwörung und zu den kürzlich stattgefundenen Massenverhaftungen in den Reihen der kommunistischen Propagatoren gekommen ist, umfaßt 50 Seiten. Die Gerichtsverfahren gegen 150 Schuldige wurden bereits eingeleitet. Man nimmt an, daß das Gerichtsverfahren noch auf

weitere 300 angeklagte Kommunisten ausgedehnt werden wird. Die ganze Bewegung wuchs in dem Augenblick bedrohlich an, als von Moskau die kommunistischen Führer zurückkehrten, die „von den Sowjetführern und von Funktionären der Dritten Internationale in den bolschewistischen Kampfmethoden ausgebildet wurden“. Allgemein wird vorausgesehen, daß durch die eingeleitete Untersuchung der Beweis erbracht werden wird, daß die Dritte Internationale in Moskau den japanischen Kommunisten die nötigen Geldmittel für ihre Organisation zur Verfügung gestellt habe, was voraussichtlich dazu führen werde, daß sich die Beziehungen zwischen dem japanischen Kaiserreiche und Sowjetrußland in ein gespanntes Verhältnis verwandeln werden.

Ein „Leninbund“ der linken Kommunisten.

Zerlegungerscheinungen unter den reichsdeutschen Kommunisten.

Berlin, 10. April. (Eigenbericht.) In den Osterfeiertagen haben die sogenannten linken Kommunisten in Berlin einen Kongreß abgehalten, auf dem die Gründung einer neuen kommunistischen Partei unter der Firma „Leninbund“ beschlossen wurde. Man will überall dort, wo eine genügende organisatorische Grundlage vorhanden ist, eigene Kandidaten für die Wahlen zum Reichstag, zu den Landtagen und Gemeindevertretungen aufstellen. Es sollen angeblich 100 Ortsgruppen vertreten gewesen sein; die beste Organisation soll sich in der Rheinpfalz befinden, wo sich von den 10 kommunistischen Ortsgruppen angeblich 37 dem Leninbund

angeschlossen haben. Gegen die offiziellen Kommunisten wurden die heftigsten Reden gehalten. Es wurde ihnen vorgeworfen, daß sie den Kommunismus längst aufgegeben und auf jeden Kampf verzichtet hätten.

Es ist nicht anzunehmen, daß der Leninbund große Erfolge erzielen wird. Die offizielle kommunistische Partei hat den Apparat in der Hand, besitzt die Presse und bezieht außerdem aus Rußland riesige Propagandamittel, was dem Leninbund alles fehlt. Trotzdem ist das kommunistische Zentralorgan, die „Rote Fahne“, ungeheuer entrüstet; sie bezeichnet ihre ehemaligen Freunde als die verächtlichste Truppe, die jemals die Reihen der Revolution beschmutzt habe und die nur Verachtung verdiene. Man kann sich also im Wahlkampf auf Lebhafte Auseinandersetzungen im kommunistischen Lager gefaßt machen.

Suehla Befinden gebessert.

Prag, 10. April. Amtlicher Bericht über den Gesundheitszustand des Ministerpräsidenten Dr. A. Suehla vom 10. April, 13 Uhr. Der Zustand des Kranken verbesserte sich wesentlich. Die Schmerzen haben nachgelassen. Man kann weitere Besserung erwarten. Prof. Vacquez, Prof. Dr. Sillaba, Prof. Dr. Pelnák, Doz. Dr. Vanhjel.

Die französischen Neuwahlen.

In etwa zwei Wochen erfahren wir die ersten Wahlergebnisse aus Frankreich. 610 Abgeordnete sind zu wählen. In jedem der 610 Wahlkreise geht nur ein einziger Abgeordneter als Sieger hervor. Am 22. April wird gewählt. Aber am 23. und 24. wird erst etwa ein Drittel aller Abgeordneten gewählt sein, nämlich nur jene Glücklichen, von den 3000 Kandidaten, die mindestens eine Stimme mehr als die Hälfte aller abgegebenen Stimmen am 22. April bekommen haben. Die eigentliche Entscheidung fällt erst bei der Stichwahl vom 29. April, wo einfache Stimmeneinheit entscheidet. Im ersten Wahlgang werden die Sozialisten allgemein mit ihrem eigenen Programm und ihrem eigenen Kandidaten aufzutreten, am 29. April dagegen, wenn die Aufrechterhaltung des eigenen Kandidaten aussichtslos ist, werden sie für den stimmen, der am weitesten von der Reaktion entfernt ist.

Die Volkerversammlungen sind jetzt durchwegs überlaufen. Jeder Kandidat hat in seinem Wahlkreis verschiedene schwarze Bretter zur Verfügung, auf die er die Umschläge seiner Partei und Angriffe gegen seine Gegner anheftet. Waueranschläge sind bei Strafe verboten. Die schwarzen Tafeln stehen auf offener Straße, gewöhnlich gleich acht bis zehn nebeneinander, je nach der Zahl der Kandidaten des betreffenden Wahlkreises. Ein Abreißen von Wahlplakaten wird natürlich bestraft.

Diese Bretter werden in allen Dörfern und Städten Frankreichs jeweils einen Tag nach der Kammerauflösung wieder hervorgeholt. Vorher entfernte man schnell die Plakate, die von 1924, von den letzten Kammerwahlen her, noch auf ihnen befestigt waren. Was hätte man sonst da alles für schöne, ungehaltene Versprechen entdecken können!

Noch nie hat man in Frankreich an eine Kammer mit solchem Uebel zurückgedacht wie an die eben verstorbene. Es gibt auch nicht einen einzigen französischen Politiker von Format oder von Kleinheit, der dem toten Parlament eine Träne nachweint. Diejenigen Wahlkandidaten, die in der verflochtenen Kammer Deputierte waren, berufen ihre Wählerchaft zu den Versammlungen unter dem Titel: „Rechnenschaftsbericht“. Sie haben es am schwersten, und es wird mandem von ihnen nicht helfen, daß sie in das allgemeine Geschöne und in die Unzufriedenheit über das Werk der vergangenen Kammer nunmehr miteinstimmen. So kann man mindestens 50 Prozent neuer Abgeordneter im neuen Parlament erwarten. Die Höchstzahl ganz neuer Abgeordneter, und zwar 61 Prozent, wurde im November 1919 bisher erreicht, bei den sogenannten Siegeswahlen von Clemenceau.

Was wurde von den bürgerlichen Volksabgeordneten alles versprochen und dann in den Wind geschlagen? Einheitschule, Arbeitsschutz, Preislenkung, Frankenstabilisierung, Abschaffung der Warenumschlagsteuer, Kleinlandräumung, ein endgültiges Schuldenabkommen mit England und Amerika, eine Kapitalabgabe, eine Herabsetzung der Dienstzeit, die Auflösung des Kriegsgerichtes und die Vorkörung des Zolltariffes.

Jetzt noch schnell vor der Kammerauflösung hat man aus Angst vor den Wahlen die Kriegsgerichtszusammensetzung etwas geändert, statt die veraltete Einrichtung, wie die Sozialisten es fordern, ganz aufzuheben, und schließlich hat man die Dienstzeit von 18 Monaten auf 12 Monate herabgesetzt unter Bedingungen, welche die Sozialisten zum härtesten Protest herausforderten, da selbst diese keine Konzession einer sechsmonatigen Herabsetzung vonmöglicher zur Bedeutungslosigkeit zusammenzuschrumpen vermag.

Resigniert stehen heute Hunderte von Kandidaten vor dem Trümmerhaufen ihrer eigenen Versprechungen oder dem ihrer Vorgänger. Nur der französischen sozialistischen Partei, die, von der wenigstens eingermachten erfolgreichen Herrschaftperiode abgesehen, stets in der Opposition gegen die Regierung war, kann dieser Umstand zugute kommen, sofern die französischen Wähler sich zu dem Ernst durchbringen, der nötig ist, um über seine Fenster zu richten.

Kurt Lenz.

Die Osterwallfahrten nach Mussolinien.

Paris, 10. April. Die einander folgenden Besuche der Außenminister in Rom lenken die Aufmerksamkeit der Presse auf sich, und besonders die Reise des polnischen Außenministers Jaleski wird lebhaft kommentiert. „Temps“ teilt nicht die Ansicht, daß die jetzige diplomatische Aktivität Italiens unmittelbar auf irgendwelche Ziele auf internationalem Gebiete gerichtet sei. Ihre Grundlage ist einfach das Streben Mussolinis, die jetzt sich zeigenden Sympathien zu einer Vergrößerung des Einflusses Italiens in Mitteleuropa, am Balkan und im Osten auszunutzen. Die einzige Tatsache, die nicht gelegnet werden kann, ist die italienisch-ungarische Annäherung, die seit dem vorjährigen Besuch des Grafen Bethlen datiert und die Richtung für einen großen Teil der ausländischen Aktion Italiens bildet.

Kunst und Wissen.

„Parfisa“, Richard Wagners Weibehelmspiel, erlebte am Samstagabend seine diesjährige erste Aufführung. Es wirkten in den Hauptrollen mit Frau Fiska, die Herren Andersen, Fuchs, Helm, Ritter und Josef Schwarz. Dirigent: Steinberg. Regie: Semmler. (148-4.) Beginn halb 6 Uhr.

Spielplan des Neuen Deutschen Theaters. Mittwoch (147-3), 7 1/2 Uhr: „Philomela“ — „Arago.“ Donnerstag (149-1), 7 Uhr: „Biel Lärm um nichts.“ Freitag (146-2), 7 Uhr: „Der Jägerbaron.“ Samstag (148-4), 5 1/2 Uhr: „Parfisa.“ Sonntag, 2 1/2 Uhr: „Die Eufordasfürstin.“ 7 Uhr (150-2): „Eine einzige Nacht.“ Montag (153-1), 7 1/2 Uhr: „Philomela“ — „Arago.“

Spielplan der Kleinen Bühne. Mittwoch: „Großophta“ — „Bürgergeneral.“ Donnerstag: „Ihr Mann.“ Freitag: „Großophta“ — „Bürgergeneral.“ Samstag: „Der Heger.“ Sonntag, 3 Uhr: „Opuzic.“ 7 1/2 Uhr: „Das Erlebnis.“ Montag: „Großophta“ — „Bürgergeneral.“

Spielplan des tschechischen Nationaltheaters. Mittwoch, nachm.: „Das Geheimnis.“ Abend: „Die Sache Makropulus.“ Donnerstag: „Salome.“ Freitag: „Faust.“ Samstag, nachm.: „Hoblovec.“ Abend: „Nora.“ Sonntag, nachm.: „Turandot.“ Abend: „Rufalka.“ Montag: „Holandan.“ Dienstag: „Faust.“ Mittwoch, nachm.: „Die verkaufte Braut.“ Abend: „Der Barbier von Sevilla.“

Spielplan des Ständetheaters. Mittwoch, nachm.: „Die Moral der Frau Dulka.“ Abend: „Kosmersholm.“ Donnerstag: „Die Moral der Frau Dulka.“ Freitag: „Der Juno.“ Samstag, nachm.: „Zwischen tangenden Heiden.“ Abend: „Ludine.“ Sonntag, nachm.: „Madame Sans Gene.“ Abend: „Unser Herr Warrer.“ Montag: „Die Moral der Frau Dulka.“ Dienstag: „Laska.“ Mittwoch, nachm.: „Der Film.“ Abend: „Ultimo.“

Literatur.

„Die goldenen Berge.“ Roman von Clara Viebig. Verlag: Deutsche Verlags-Gesellschaft, Zümpfart. (Preis 50 Pf.) Die große Erzählerin ist mit diesem Roman nach einigen Irrfahrten in ihre geliebte und von ihr oft so wunderbar geschilderte Heimat zurückgekehrt und damit hat sie für ihr künstlerisches Schaffen den ihr geeigneten Boden unter den Füßen wiedergewonnen. Es ist eine selten köstliche Gabe, die Clara Viebig auf den Bücherleser legt. An den Nebengeschichten der Wofel, den „goldenen Bergen“, lebt das Volk der Winger. Dort und summevoll ist ihr Leben, den Zufälligkeiten von Wind und Wetter preisgegeben. Die der kostbare Wein in den Gläsern auf den Tischen der Genscher perlt, müssen die kleinen Wein- und Obstbesitzer viel schwere Mühsal auf sich nehmen. Und doch hängen sie mit allen Fasern ihres Seins an ihrem kleinen Besitz und an ihrer Heimat. In den Nachkriegsjahren hat das arbeitsame Volklein besonders harte Zeiten durchlebt und eben diese sind es, die die Dichterin neben der Landschaft als Hintergrund ihres neuesten Romans erschließt hat. Die allgemeine Wirtschaftskrise, schlechte Weinrenten, die Zeit der rasenden Geldentwertung und schließlich auch noch ein unglücklicher Handelsvertrag Deutschlands mit Spanien, alles dies vereinigte sich, um das Leben der Winger unerträglich zu machen und sie in Verzweiflung zu stürzen. Clara Viebig weiß das Leben dieser Menschen mit tiefem sozialem Verständnis, mit einzigartiger Klarheit und aus eigener Kenntnis heraus packend darzustellen, so daß ihr neuestes Werk den besten ihrer Romane an die Seite gestellt werden kann. Trotz aller Sorgen und Mühsale, mit denen die Menschen wagen, liegt leuchtende Sonne über dem Bude, denn es ist mit heißer Liebe zu dem Lande und den Menschen, die es bewohnen, geschrieben.

Bereinsnachrichten.

Arbeiter-Turn- und Sportverein Prag.



Wichtige Ausschussung Donnerstag, den 12. ds., halb 8 Uhr abends im Hofsaal des Lidovum Damm Funktionäre, sind bestimmt und pünktlich zur Stelle!

Gerichtssaal.

Wieder eine wichtige Entscheidung für Kriegsanleihe Lombardschuldner.

Bei einer Klage der Schludener Sparkassa gegen Stadtdirektor Schönbach-Ritsche, Leitmeritz, wegen Zahlung von Lombardschulden für gezeichnete Kriegsanleihe, hatte der Beklagte durch seinen Vertreter Dr. E. Margulies eingewendet, daß ihm bei der Zeichnung die ausdrückliche Zusicherung gegeben worden sei, daß er weiter kein Risiko übernehme. Das Kreisgericht Leitmeritz hat in diesem Stritte diese Frage der Schludener Sparkassa als erwiesen anerkannt und gestützt auf die bisherige Rechtsprechung, hinsichtlich der Verpflichtungen der Kriegsanleihe-Lombardschuldner, die Klage der Schludener Sparkassa abgewiesen. Auch das Prager Oberlandesgericht hat entgegen seiner bisherigen Spruchpraxis die gegen das Leitmeritzer Urteil erhobene Berufung verworfen und zum ersten Mal auch das zugunsten der Lombardschuldner gefällte Urteil bestätigt und sonach auch in zweiter Instanz die vom Verteidiger vertretene Rechtsanschauung bestätigt. a. a.

Volkswirtschaft.

Prager Produktendörse. (Offizieller Bericht vom 10. April.) Die heutige Produktendörse war nach den Feiertagen schwächer besucht und auch das Geschäft nahm keinen größeren Umfang an, denn es fehlte mit Rücksicht auf die längere Unterbrechung jede Orientierung über die Preisentwicklung auf den Weltmärkten. Die Tendenz am Getreidemarkt zeigte eher zu einer Abschwächung, die sich hauptsächlich in Roggen, der um 1 K und in Gerste, die um 3-4 K niedriger gezahlt wurde, geltend machte. Weizen und Hafer blieben in den Preisen unverändert. Am Weizenmarkt verbilligte sich Roggenmehl um 2 K. Mais vermochte die letzten höheren Notierungen zu behaupten. Auf den übrigen Gebieten herrschte meistens Ruhe und außer bei Weizen, der sich um 10 K befestigte, kam es zu keinen Preisveränderungen. — Es notierten in Kd: Weizen, 79-80 Kilo, Prag 231 bis 234, 78-79 Kilo, Prag 228-230, böhm. Roggen, 69-72 Kilo, Prag 230-233, Prima Gerste, Prag 230-235, Meckanilgerste, Prag 226-228, böhm. Hafer, Prag 192-195, Reis, jugoslawischer, Bratislava 176-178, rumänischer, Kleinfortsch, Dobersberg 170-172, La Plata, Tscheken 178-180, Weizenmehl 066 355-365, Weizenmehl 0 340-350, Weizenbrotmehl Nr. 4 282-285, Roggenmehl 0/1 355-360, ungar. Grobmehl, Szob 355-370, amerik. Patentmehl, Tscheken 375-380, Weizenries 375-385, Reis, Burma II, Tscheken 275-280, Moulmain, Prag 340-360, Brudreis, Tscheken 220-250, Hirse 320-335, Graupen 340-370, Erbsen, grüne 425 bis 520, gelbe 250-300, Viktoria 450-520, Linsen 550 bis 700, Weißbohnen 190-210, Perlbohnen 200-215, Sommerwilde 150-200, Naturkaffee 700-1100, Kaffee, plombiert 1350-1400, Weißkaffee 650-1100, schwedischer Kaffee 1150-1450, Wanklee 850-1200, französischer Luzernkaffee 1900-2000, Timotheuskaffee 200-250, Zent 300-350, böhm. Mohr, Kau 550 bis 580, Holländer 260-310, Rummel, böhm. 650 bis 675, holländischer 680-700, Zuderriebe 500-600, Ektartoffeln, weiße, Verladestation 30-32, gelbe, Verladestation 34-35, Weizenkleie 140-145, Roggenkleie 140-145, Rapskuchen 175-185, Leinsuchen 190-195, Mohnblüte 130-135, Hen böhm., sauer, ungepreßt, Prag 58-61, süß, ungepreßt, Prag 68 bis 71, sauer, gepreßt, Prag 63-68, süß, gepreßt, Prag 73-75, Roggenstroh in Bündeln, ungepreßt, Prag 59-61, Futterstroh gepreßt, Prag 47-49, ungepreßt, Prag 42-44, amerik. Fett, Tscheken 1260 bis 1280.

Der Film.

„Die Symphonie der Großstadt.“ Die Fox führte kürzlich ihren Großfilm der Europaproduktion „Die Symphonie der Großstadt“ nochmals, und zwar mit der Originalmusik von Edmund Meißl vor. Die Musik stellt einen gelungenen Versuch dar, die Dissonanzen und den Rhythmus des modernen Großstadtlebens instrumentell wiederzugeben. Ob sie ohne den Film bestehen könnte, ist fraglich. Sie würde da wohl alles abklingend auf das Ohr wirken. Bleibt der Film im Vordergrund des Interesses, so ist sicher diese Begleitmusik die richtige, da sie den optischen Eindruck verstärkt. Der Film selbst, der jetzt auch in den Kinos läuft, ist, wie wir schon früher geschrieben, sehr zu empfehlen, denn er bedeutet wirklich ein gewaltiges Stück Neuland der Filmkunst und ist, das muß allen Bedenken gegenüber immer wieder betont werden, obwohl er keine Handlung hat, spannend wie irgend ein Spielfilm.

„Titanic“ (Ostseite und Westseite). Dieser Großfilm der Fox stellt den Gegensatz zwischen dem Armenviertel und dem Millionärsviertel von New York in den Vordergrund der filmischen Aufgabe. Er versucht nur leider wie alle amerikanischen Filme, durch ein Glanzspiel eine Erbschaft, durch die Laune des Zufalles die Luft zu überbrücken und weißt daher alle jene verderblichen Illusionen, die dem amerikanischen Film eigen sind und ihn für uns gefährlich machen. Die Regie des Filmes ist allerdings meisterschaft und er kann als einer der besten Spielfilme der letzten Zeit bezichnet werden. George O'Brien spielt den Helden dieser echt amerikanischen Epöpe, die den Weg des Schiffsjungen zum Millionär schildert, mit aller Unwüchsigkeit seines Temperaments, das ihn von allen amerikanischen Filmstars dem großen Fairbanks am nächsten bringt. Virginia Balli, die Darstellerin der weiblichen Hauptrolle ist überaus sympathisch und zieht annehmlich von den Zuschauerseimungen der amerikanischen Filmbranche ab.

„Der Pensionsstreit“, Lustspiel der Fox. Ist in dieses Lustspiel aus dem amerikanischen Schulleben auch viel Theatralisches, Unfilmisches verweben, so reichen doch die rein filmischen Einfälle aus, um einen unterhaltenden Film zu ergeben, der als Halbprogramm geeignet ist.

Mitteilungen aus dem Publikum.

Der Schuh ist nur dann vollkommen, wenn auf demselben der Gummilack Verjon 750 befestigt ist. Die Eigenschaften dieses Lackes kann nur derjenige beurteilen, der ihn an eigenen Schuhwerk trägt. Der Gummilack Verjon 750 federt Ihren Gang und schützt Sie vor jedweder Erschütterung. Was seine Dauerhaftigkeit anbelangt, übertrifft er weitens den Lederlack und hat sich dadurch zu einem unentbehrlichen Gebrauchgegenstand entwickelt. Durch das Tragen von Gummilack Verjon 750 wird vielen Reparaturen vorgebeugt, wodurch im Haushalt bedeutende Ersparnisse erzielt werden. Lassen Sie sich nicht täuschen und verlangen Sie beim Einkauf neuer Schuhe ausdrücklich Gummilack Verjon 750. Bei Übernahme reparierter Schuhe achten Sie darauf, ob dieselben tatsächlich mit Gummilack Verjon 750 versehen sind.

Turnen und Sport.

Albrecht Dürer und der bürgerliche Sport.

Es muß schlecht um die geistigen Kräfte der bürgerlichen Sportbewegung bestellt sein, wenn sie schon ihre Helden aus der Zeit von vor vierhundert Jahren holt. Zum Gedächtnis des großen Künstlers Albrecht Dürer geht gegenwärtig durch den deutschen Wälderwald eine endlose Zahl von Artikeln. Die bürgerliche Welt glaubt, diesen Mann für sich beschlagnahmen zu können. Bei solchen Versuchen fehlt auch die bürgerliche Sportpresse nicht. Dürer wird zum großen Seher gestempelt, der schon vor vierhundert Jahren den Wert der Körperbildung durch seine geistige Stellungnahme zu weltlichen Dingen bekundet habe. Gewiß hat dieser große Künstler in einer Reihe seiner besten Zeichnungen auch die körperbildenden Kräfte seiner Zeit zur Geltung gebracht. Aber Sport im heutigen Sinne gab es damals nicht. Die bürgerliche Presse vergißt überdies ganz, daß Dürer in dem zu seiner Zeit sich entwickelnden Handelskapitalismus das Auftreten einer neuen Klasse erkannte. Die damalige offizielle Gesellschaft hatte aber nichts übrig für den schaffenden Künstler.

Ein bürgerlicher Artikelschreiber namens Ullig weiß über Dürer nur zu berichten, daß ein Dokument der Leibesübungen in der Zeit Dürers nur die Darstellung des Krieges war. Es muß dem Verfasser vorbehalten bleiben, den Krieg als vorbildliche Leibesübung hinzustellen, in einer Zeit, die nach furchtbaren Elendsjahren sich immer noch nicht von den Nachwirkungen solcher „Leibesübungen“ erholt hat. Was Dürer seinen Mitmenschen durch seine Werke wirklich gab, das war die Nähe seines Schaffens im proletarischen Leben, die Verwandtschaft seines Geistes mit dem schaffenden Volk auch der Gegenwart. Was ihm das Leben selbst an äußeren Gütern nicht brachte, das gestaltete seine Sehnsucht vor allem in Natur- und Landschaftsbildern. Von dort her kommen die wertvollen Stoffe Dürers, deren auch die Arbeiterbewegung gern gedenkt.

Leichtathleten heraus! Die Leichtathleten im Arbeiterport treibt es nach langer Pause wieder hinaus ins Freie. Draußen in der Natur, bei zaghafem Frühlingswachen, überkommt die Menschen wieder die Sehnsucht nach Licht, Luft und Sonne. Die kampfbereiten Sportler sammeln sich zum herrlichen Waldlauf. Naturverbundenheit weckt Gesühle und Sinne reiner Art. Den Arbeiterportler treibt es, von allen lästigen Kleidern befreit, durch den Wald zu stürmen, über Berge zu klettern, die Schönheiten der Heimat zu schauen und die veränderten Lungen zu reinigen. Schnelle Gestalten ziehen eilenden Laufes durch die Einsamkeit des Waldes. Reges Leben und Treiben herrscht allenthalben. Freude liegt auf den Gesichtern. Die Arbeiterläufer sind selbst der Frühling, verkörpern die neue Zeit. Deshalb geht der Ruf an alle Arbeiterportler: „Hinaus in den Frühling zum Waldlauf!“

Der österreichische Gewerkschaftsport. Der Gewerkschaftsport, eine in der Tschechoslowakei noch unbekannte Erscheinung, macht in seinem Mutterlande Oesterreich immer weitere Fortschritte. Die bekanntesten Gewerkschaftsportvereine sind dort die Sportklubs der Metallarbeiter, der Postgewerkschaft, der Straßenbahner, Spitalbediensteten, Feuerwehr usw. Jetzt ist als jüngster Gewerkschaftsportverein der Sportklub der Gaswerke (Kuhnenbetrieb) mit einer offiziellen Feier an die Öffentlichkeit getreten. Der Verein will alle Sportzweige pflegen.

Porturner- und Erzherzog-Konferenz des tschechischen Arbeiter-Turnverbandes. Am 15. April findet in Prag eine wichtige Technikerkonferenz statt. Gegenstand der Beratungen werden außer der Organisation der Wettbewerbe um die Meisterschaften des Verbandes, die Porturnerschulen des Verbandes, die Turn-

Organisator: Dr. Ludwig Ezech. Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß, Prag. Druck: Deutsche Zeitungs-Verlags-Gesellschaft in Prag. Für den Druck verantwortlich: Otto Holik, Prag. Die Zeitungsdruckkosten wurden von der Post- u. Telegraphenverwaltung mit Erlaß Nr. 127.151/VIII.27 am 14. Mai 1927 bemittelt.

VERLANGET UEBERALL



fahrten ins Ausland und der Kongreß der Porturner sein, der im Monat September d. J. stattfinden wird. Am selben Sonntag tritt auch die Verbandskonferenz der Erziehungssektionen zusammen. Auf dieser Konferenz wird ein Bericht über die Tätigkeit im Jahre 1927 erstattet werden, weiter wird über die Mariettenspiele in den Vereinen und vor allem über die Erziehung des Nachwuchses und der Kinder beraten werden. Ferner werden Anregungen zur Feier des 25jährigen Bestandes des tschechischen Arbeiterturnverbandes und der Feier des 10jährigen Bestandes der Republik ausgearbeitet werden. T. J.

Staatliche Unterstützung der Sportbewegung in Finnland. Das Bildungsministerium hat nunmehr aus dem diesjährigen Budgetvorschlag des Turn- und Sportauschusses die Summe von 800.000 finnische Mark zur Unterstützung der sporttreibenden Organisationen zur Verfügung gestellt. Die Unterstützung für den Arbeiter-Sportbund ist die gleiche wie im Vorjahre, nämlich 250.000 Mark. Der bürgerliche Turn- und Sportbund erhielt 300.000 und die übrigen 16 Körperkulturorganisationen den Rest. Es ist wieder so, daß der bürgerliche Turn- und Sportbund (S. B. U. L.), wie auch andere bürgerliche Organisationen, die sich auf einzelne Sportarten beschränken, vorgezogen werden und unter sich ganz beachtliche Summen teilen. Der Arbeiter-Sportbund, in dem alle Sportarten betrieben werden, fühlt erneut die Ungerechtigkeit der bürgerlichen Herrscher.

Benützet die Arbeiterbüchereien!

Allen Genossen und Genossinnen empfehlen sich zur Herstellung sämtlicher Drucksorten



Nordböhmisches Druck- u. Verlags-Anstalt Gartner & Co., Bodenbach a. E. G. m. b. H.

Großbuchdruckerei, Stereotypie, Buchbinderel, neueste Satz- und Gießmaschinen mit einer Tagesleistung von 200.000 Buchstaben, Rotationsmaschinen mit einer Tagesproduktion von 250.000 Zeitungen. Fernsprecher Nr. 271. Postsparkassa Nr. 127.852.

Werbet neue Abonnenten für das Zentralorgan „Sozialdemokrat“! Benützet den 1. Mai zur Werbung neuer Leser! Bestellet sofort zum Verkauf am 1. Mai den „Sozialdemokrat“!

Hier abschneiden:

Ich bestelle hiemit für den 1. Mai 1928 zur einmaligen Lieferung und Verrechnung (Stückanzahl) _____ „Sozialdemokrat“.

Vor- und Zuname: _____

Ort und letzte Post: _____

Straße und Nummer: _____

Als Bahnexpres (abzuholen bei der Bahn). Ankunft des Zuges, mit welchem unser Blatt eintrifft, wird noch bekanntgegeben.